

Russland: Rat verlängert Wirtschaftssanktionen wegen Ukraine-Krise um weitere sechs Monate

Der Rat hat heute beschlossen, die **auf bestimmte Wirtschaftssektoren der Russischen Föderation abzielenden Sanktionen** um weitere sechs Monate **bis zum 31. Januar 2021** zu verlängern.

Dieser Beschluss folgt auf die jüngste Bewertung des Stands der **Umsetzung der Minsker Vereinbarungen** – für die eine Frist bis zum 31. Dezember 2015 vorgesehen war – auf der Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates vom 19. Juni 2020. Da die **Umsetzung noch nicht vollständig abgeschlossen ist**, haben die Staats- und Regierungschefs der EU die politische Entscheidung getroffen, die **Wirtschaftssanktionen** gegen Russland **zu verlängern**.

Diese restriktiven Maßnahmen wurden ursprünglich 2014 aufgrund der destabilisierenden Handlungen Russlands gegen die Ukraine eingeführt und zielen auf die Finanz-, Energie- und Verteidigungssektoren sowie auf den Bereich der Güter mit doppeltem Verwendungszweck ab.

Die Sanktionen **schränken den Zugang** bestimmter russischer Banken und Unternehmen **zu den Primär- und Sekundärkapitalmärkten der EU ein** und **verbieten Formen der finanziellen Unterstützung und Vermittlung** gegenüber russischen Finanzinstituten. Im Rahmen der Maßnahmen ist auch die direkte oder indirekte Einfuhr, Ausfuhr oder Weitergabe **sämtlicher Verteidigungsgüter** verboten und ein Verbot für **Güter mit doppeltem Verwendungszweck** vorgesehen, die für **militärische Zwecke** oder von **militärischen Endnutzern in Russland** verwendet werden können. Ferner wird mit den Sanktionen Russlands Zugang zu bestimmten **sensiblen Technologien, die im russischen Energiesektor eingesetzt werden können**, wie beispielsweise für die Erdölförderung und -exploration, weiter eingeschränkt.

Press office - General Secretariat of the Council

Rue de la Loi 175 - B-1048 BRUSSELS - Tel.: +32 (0)2 281 6319

press@consilium.europa.eu - www.consilium.europa.eu/press